

## **Anne Will: „Steuroase Luxemburg – Wirklich ein ganz normales Geschäftsmodell?“**

Die Gäste:

Jean Asselborn, Außenminister von Luxemburg

Sahra Wagenknecht, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linkspartei

Christoph Lütgert, NDR-Journalist

Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln

Der Direktor des IW gab viele Antworten - allerdings ohne Substanz

Dass vielen Großunternehmen das soziale Gewissen abhanden gekommen ist, ahnten wir bereits seit langer Zeit. Seit jedoch vor wenigen Tagen bekannt wurde, dass diese mit Hilfe Luxemburgs bewusst Steuerzahlungen in Milliardenhöhe vermeiden, können wir es auch schwarz auf weiß nachlesen. Um dieses Thema, den Umgang Luxemburgs mit Steuereinnahmen, ging es in dieser „Anne Will“-Sendung. Laut einer These Sahra Wagenknechts, die auch Gast in der Sendung war, werden in diesem Staat bewusst Gesetze im Finanzsektor gemacht, um andere Länder zu schädigen. Eine mutige These, die jedoch bereits den Kern der Sache trifft. Regeln und Gesetze werden gemacht, um gezielt Unternehmen anzuwerben. Diese haben dann ihrerseits vor allem das „Steuersparen“ im Kopf. Problematisch wird dabei nicht etwa der Bruch von Gesetzen, sondern in erster Linie deren ursprüngliche Schaffung.

Keine guten Argumente für die Diskussion lieferten Jean Asselborn, der Außenminister von Luxemburg und Michael Hüther, der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln. Herr Asselborn hatte beinahe die gesamte Sendung hindurch nichts anderes zu tun, als darauf hinzuweisen, dass Luxemburg nur ein kleines Land sei und man nicht nur auf diesem Faktum herumhacken sollte. Ferner teilte er mit, seine Regierung tue alles, um das Problem der Steuergerechtigkeit zu lösen. Doch wo man sich bereits fast langweilte, weil Herr Asselborn immer wieder die selben Argumente vorschob, sprühte Herr Hüther vor eigenwilliger Kreativität. Er verströmte systematisch Ideen und Meinungen, die dem Ernst des Themas wenig gerecht wurden. Sie zeigten aber eines: maßgeblich sollten die Zuschauer genügend beeinflusst werden, um die Praktiken der massiven Steuervermeidung und des Steuerentzugs bei den Sitzländern in einem besseren Licht erscheinen zu lassen.

Anne Will konnte gezielt ein paar gute Fragen in Hüthers Richtung platzieren. Doch Herr Hüther wich ständig wortreich aus. Klärung gab es dabei nicht. So begegnete er auf die Frage, ob man als Konzern diese Praktiken ausnutzen müsse, dass man über sechs Jahrzehnte europäischer Integration nicht vorangekommen sei auf dem Feld der Unternehmensbesteuerung. Das Problem läge nicht bei den Unternehmen sondern eindeutig bei der Politik. Sie hätte diesen Bereich eben stärker harmonisieren müssen. Von der Verantwortung der Unternehmen hörte man nichts. Auch nicht beim Fall E.ON auf den er ausdrücklich angesprochen wurde. Zu deren gestalterische Gabe zum Kleinrechnen der Steuern befragt, gab Herr Hüther auch dort nur belanglose Allgemeinheiten zum Besten. Es gehe eben um Luxemburger Töchter des Unternehmens. Das Unternehmen E.ON in Deutschland wäre nicht das Thema. Auch an dieser Stelle redet sich Hüther die Welt schöner als sie ist. Die Verantwortung ist seiner Meinung nach offenbar immer woanders zu suchen.

So auch beim nächsten Punkt: Auf die Frage, ob denn die Steuersätze in Luxemburg in Ordnung seien, erwiderte der Chef des Wirtschaftsinstituts, diese seien dort und in anderen europäischen Staaten nicht so sehr entscheidend. Für die Unternehmen seien andere Voraussetzungen wichtiger, beispielsweise eine gut ausgebaute Infrastruktur und die Qualität der Bildung. Auch hier umschiffte er den eigentlichen Kern der Frage und versuchte andere Bedingungen als die Steuer als viel wesentlicher erscheinen zu lassen. Bei Apple und Google, die sich beide mit wenigen Prozent Steuern schlank rechnen, könnten laut Hüther die Europäer rein gar nichts tun. Es seien schlicht die Finanzbehörden der USA, die ihren Verpflichtungen nicht nachkämen, die Unternehmen ordentlich zu besteuern.

So drückte sich der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft um jedes sinnvolle und zielführende Nachhaken seitens der Moderatorin. Und Anne Will ließ ihn gewähren. Angesprochen auf den problematischen Steuerwettbewerb zwischen den EU-Staaten war er der Meinung, Wettbewerb gebe es schließlich in Deutschland auch, sowohl unter den Bundesländern, als auch unter den besten Universitäten. Die Frage, ob die herrschende Steuerpraxis nicht ein Skandal sei, wischte er mit der Bemerkung weg, dass ja viele andere Skandale in Europa auch einfach hingenommen werden.

Eine weitere These Hüthers war: Die Finanzkrise hätte rein gar nichts mit den thematisierten Steuerpraktiken zu tun und Luxemburg schade damit auch keinem anderen EU-Land. Schließlich sei es nicht angemessen nur ein Politikfeld herauszugreifen. Gegen Schluss der Sendung verteidigte Hüther die Steuervermeidungspraxis von Amazon. Immerhin schaffe dieser Konzern Arbeitsplätze und käme damit seiner sozialen Verantwortung nach. Dass viele kleine Buchhändler vom Markt verdrängt werden und welches Heer an Dumpinglöhnern Amazon produziert schob er schlicht beiseite.

Auch wenn die Gegenreden von Herrn Lütgert und Frau Wagenknecht einige Glanzlichter boten, diese Sendung hat gezeigt, dass die Mainstream-Ökonomen ihre Ideologie gegen jegliche Kritik zu immunisieren verstehen.